

Geschichte des Amateurfunks in der DDR (4)

Unter dem Titel „Zwischen Selbstzweck und gesellschaftlichem Auftrag. Rahmen- und Organisationsbedingungen für Funkamateure in der SBZ und DDR (1945-1990)“ hat Christian Senne am Institut für Geschichtswissenschaften / Zeitgeschichte an der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin eine Dissertation vorgelegt, die mittlerweile auch in Buchform vorliegt.* - Mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlichen wir in dieser Serie Auszüge aus dem Werk, ergänzt durch Materialien aus dem Dokumentationsarchiv Funk in Wien www.dokufunk.org

* 2008, Hamburg: Kovac, J. Band 70 der Studien zur Zeitgeschichte. 396S, ISBN 978-3-8300-3726-2, € 98.- (D). 360S, kart. - <http://www.verlagdrkovac.de>



Entstehung, Struktur und Finanzierung der GST

Allgemein im Alltag sichtbar war die DDR eine Gesellschaft mit hohem Militarisierungsgrad, ohne jedoch ein militaristischer Staat zu sein. Im Unterschied zum *Militarismus*, der einen „überragenden Einfluss bzw. Herrschaft des Militärs in einem Staat und eine davon ausgehende Prägung von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur“ ausübt, ist der *militarisierte Sozialismus* als eine „Expansion des militärischen und paramilitärischen Systems unter totaler Subordination und Kontrolle durch die Politik bzw. die herrschende Partei“ zu sehen.¹ Die Aussage lehnt sich an die Begriffsbeschreibung von Heribert Seubert an, der für die DDR eine defensiv betriebene, nach außen nicht aggressive Militarisierung feststellte. Seubert versteht unter Militarisierung:

- „1. Die Vernetzung verschiedener paramilitärischer und militärischer Institutionen und Erziehungseinrichtungen für Wehrdienstzwecke;
2. die organisatorische Einbindung möglichst vieler Menschen in diese Strukturen im Sinne ihrer Disziplinierung und sozialen Kontrolle;
3. die Organisation möglichst vieler Bereiche der Gesellschaft nach dem militärischen Prinzip von Befehl und Gehorsam, d.h. Hierarchisierung der Gesellschaft;
4. die militärische Indoktrination und Ideologisierung der Bevölkerung;
5. die Pflege soldatischer Tugenden und militärischer Rituale.“²

¹ Diedrich: Herrschaftssicherung, Aufrüstung und Militarisierung im SED-Staat, S.262.

² Heribert Seubert: Zum Legitimationsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR. Mnster, Hamburg 1995, S. 89. Der ideelle und geschichtliche Bezugspunkt liegt wiederum bei Lenin selbst, auch wenn die Militarisierung selbst nur aus dem Kontext nach Ende des 2. Weltkrieges erklärt werden kann. Es war Lenin, der insbesondere in der deutschen Kriegswirtschaft des 1. Weltkrieges noch mehr als in den wirtschaftlichen Monopolen die Vorstufe des Sozialismus sah, wenn auch in einem falschen System. Wehrpflicht und Arbeitsdienst, allgemeine Arbeitspflicht, ökonomische, politische und verwaltungstechnische Zentralisierung waren für ihn entscheidende Veränderungen. Diese „als reaktionäre Mittel entwickelten Instrumente“ galt es in der Meinung Lenins „mit anderer Zielstellung revolutionär zu nutzen“, so Harald Bluhm. Mit dieser Faszination war Lenin nicht allein, ergriff diese doch seinerzeit auch „bürgerliche“ Soziologen. Vgl. Harald Bluhm: Facetten des militarisierten Sozialismus. In: Berliner Debatte INITIAL 8(1997). Hier zitiert nach <http://www.berlinerdebatte.de/initial/heft6-97/facetten.htm>.

Die Gründung der GST fiel mit einer Militarisierungswelle zu Beginn der fünfziger Jahre zusammen, die durch einen sowjetischen Kurswechsel in der Außenpolitik beeinflusst wurde. Es war die Zeit der sog. *Stalin-Noten*, des Korea-Krieges und des *Deutschlandvertrages*.



**GST-
Afu-Leistungsabzeichen**



GST-Flagge

Nach Ablehnung des im März 1952 aus Moskau kommenden Vorschlags durch die Westmächte, einen Friedensvertrag für ein militärisch neutrales Deutschland unter Beteiligung einer noch zu bildenden gesamtdeutschen Regierung auszuhandeln, drifteten die beiden deutschen Staaten weiter auseinander. Die Westmächte argumentierten zwar mit einem fehlenden Uno-Beschluss, aber weder die Adenauer-Regierung noch die SED wollten vermutlich wirklich auf die Vorschläge Moskaus eingehen. Die SED befürchtete sogar, ihren Einfluss zu verlieren und das Leben als Randpartei fristen zu müssen, wenn nicht sogar in ihre Bestandteile KPD und SPD zu zerfallen.³ Hinzu kam die Rezeption des Korea-Krieges in der DDR, welcher in der Interpretation der SED die Möglichkeit beinhaltete, die Bundesrepublik könne sich als Aufmarschbasis für ein „roll back“ der Amerikaner analog der südkoreanischen Regierung (als „Marionettenregime“ bezeichnet) zur Verfügung stellen und somit die DDR in ihrer Existenz bedrohen.⁴ Umgekehrt rezipierte man in der Bundesrepublik den Korea-Krieg als eine Bedrohung, welche auch für das eigene Gebiet möglich sein könnte, quasi am anderen Ende des sowjetischen Einflussbereiches. Schließlich war, so damals die westliche Meinung, nur durch das Eingreifen der Amerikaner eine Eroberung des südlichen Landesteils in Korea verhindert worden, nachdem Stalin das Vorgehen des Nordens gebilligt hatte.

Eine „Sicherheitsgarantie der USA schien nicht mehr ausreichend“.⁵ Im Mai 1952 antworteten die Westmächte auf die Märznote der Sowjetunion dahingehend, dass eine gesamtdeutsche Regierung nur durch freie Wahlen zustande kommen und einer deutschen Regierung nicht das Recht vorenthalten werden dürfe, Verteidigungsbündnisse zu schließen. Lediglich einer Vier-Mächte-Kommission war man möglicherweise bereit zuzustimmen. Am 24. Mai forderte die Sowjetunion die Westmächte auf, unverzüglich mit Friedensverhandlungen zu beginnen. Der Westen aber beschleunigte die Verhandlungen zum Abschluss der *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) und zwei Tage später schlossen die Westmächte mit der Bundesrepublik den *Deutschlandvertrag*, welcher der Bundesrepublik Souveränität vorbehaltlich über Berlin, einer Wiedervereinigung, einer Friedensregelung und der Stationierung von Streitkräften zusprach.⁶ In der Sowjetunion sah man wohl schon zu einem früheren Zeitpunkt

³ Dietrich Staritz: Geschichte der DDR 1949 – 1990. Frankfurt/Main 1996, S. 90.

⁴ Vgl. Heider, Vom Wehrsport zur..., S. 13.

⁵ Gerhard Wettig: Entwicklungen zur Nationalen Volksarmee und zum Warschauer Pakt. In: DA 2(2005), S.280-289, hier S.281.

⁶ Staritz, Geschichte der DDR, S. 92-94. Die jahrelange Diskussion um die „Stalinnoten“ und der Frage nach der Wiedervereinigung Deutschlands kann hier nicht vertieft werden. Vgl. hierzu in komprimierter Form Rolf Steiningers Rezension zu *Deutschlandvertrag und Pariser Verträge. Im Dreieck von Kaltem Krieg, deutscher Frage und europäischer Sicherheit*. Hrsg. v. Heiner Timmermann. Münster 2003. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2005-2-137>. Demnach war es Adenauer, der endgültig ablehnte. Allerdings war es Ziel der sowjetischen Bemühungen, ein Scheitern der EVG zu erreichen, um die eigenen Interessen in Europa wahren zu können. Vgl. Curt Gasteyer: Europa von der Spaltung zur Einigung. Bonn 2001, S. 112. Der Deutschlandvertrag bekam seine Bezeichnung aus innenpolitischem Kalkül Adenauers, seine offizielle Bezeichnung war „Bonner Vertrag“ bzw. auch nur Generalvertrag. Es ging um die Beendigung des den Besatzungsstatus und westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Der Vertrag war daher an die EVG gekoppelt, die zwar am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnet

Chance mehr für eine Realisierung des Deutschlandplans und bereitete die deutschen Kommunisten auf eine Verschärfung der Konfrontation vor. Wenigstens verfolgte man parallel ebenso eine verschärfte Gangart.

Wilhelm Pieck hielt sich in diesem Zusammenhang als Präsident der DDR und Vorsitzender des ZK der SED schon seit Anfang April 1952 in Moskau auf, wo ihm Stalin die weitere Vorgehensweise gleichsam diktierte. Stalin erklärte: Die „Pazifistische Periode ist vorbei“. Dies beinhaltete die Aufforderung, sowohl eine eigene Armee zu bilden, als auch die Jugend zwecks einer „vormilitärischen Erziehung“ einzubinden. Die SED hatte schon in der Vorbereitung auf die Moskautreise Piecks für eine Stärkung und Umbenennung der kasernierten Volkspolizei plädiert und einen „Dienst der Jugend fürs Vaterland gefordert“, der dann ab Juli 1952 durch den nur kurzlebigen *Dienst für Deutschland* erfolgte.⁷ Folgeschwer war ebenfalls die während der Moskauer Gespräche von Stalin geforderte Kollektivierung der DDR in Produktionsgenossenschaften. Inwieweit die Ostberliner Genossen in die vollständigen Absichten Stalins zur Deutschlandpolitik eingeweiht waren, ist ungewiss. Die Antwort des Westens auf die Märznote schuf aber erst auch einmal keine neue bzw. veränderte Lage.⁸ Diese entstand außenpolitisch durch die Unterzeichnung des *Deutschlandvertrages*, welchen die DDR mit der Schaffung der 5km breiten Demarkationslinie zur Bundesrepublik beantwortete.



GST-Mitgliedsbuch

Innenpolitisch trieb man nun die Kollektivierung und Militarisierung voran. Schon im April/Mai 1952 wurden im ZK der SED Ausarbeitungen erstellt, neben dem *Dienst für Deutschland* zu einem eigenen *Deutschen Roten Kreuz* (DRK) und schließlich zur GST führten. Die GST selbst wurde Mitte April 1952 durch ein Gespräch von Pieck, Grotewohl und Ulbricht mit dem Chef der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Čuikov, und dem DDR-Botschafter der UdSSR, Semenov, als Heimatschutzorganisation (Organisation „Schutz der Heimat“) umrissen, die neben einer vormilitärischen Ausbildung auch die Interessen der Jugendlichen ansprechen sollte. Wegen der zu erwartenden Reaktion sollte jedoch eine zivile Bezeichnung verwendet werden. Eine Kommission unter dem späteren Minister für Verteidigung Heinz Hoffmann, damals noch Leiter der Hauptverwaltung für Ausbildung, fand schließlich den Namen *Gesellschaft für Sport und Technik*.⁹ Die für die GST relevanten Wehrsportarten waren teils schon seit Mitte 1950 in Grundorganisationen der FDJ verankert. Auf der Sitzung des

wurde, allerdings im August 1954 nicht die Zustimmung durch die franz. Nationalversammlung bekam. In zwei weiteren Konferenzen in London (Neun-Mächte-Konferenz) und in Paris im Sept. u. Okt. 1954 wurde schließlich in den *Pariser Verträgen* u. a. die NATO-Mitgliedschaft vereinbart u. der Deutschlandvertrag in Kraft gesetzt. Vgl. Wilhelm G. Grewe: Deutschlandvertrag. In: Handbuch zur deutschen Einheit. hrsg. v. Werner Weidenfeld u. Karl-Rudolf Korte. Bonn 1999, S. 291-299.

⁷ Staritz, Geschichte der DDR, S. 90-92. Eine ausführliche Chronologie auch bei Kurt Möller: „Alles ohne Geschrei, aber beharrlich“ Die Schaffung der GST. In: Frust und Freude, S. 25-37. Allerdings ist doch Möllers Anmerkung zu hinterfragen, inwieweit die Moskauer Diskussion „die konsequente Wende Stalins und der sowjetischen Parteiführung von der Vorstellung eines neutralen Gesamt-Deutschland hin zu einer wirtschaftlich und militärisch starken DDR nach sowjetischen Vorbild“ (S. 27) darstellte.

⁸ Staritz, Geschichte der DDR, S. 92 f.

⁹ Heider, Gesellschaft für Sport und Technik. In: Im Dienste der Partei, S. 170. Die Dokumente hierfür befinden sich im Nachlass v. Pieck im Bundesarchiv.

Sekretariats des ZK der SED am 5. Mai legte der damalige Vorsitzende der FDJ, RICH HONECKER, erste Gedanken zur Schaffung der GST und insbesondere zu Kaderfragen dar, welche am darauf folgenden Tag vom Politbüro beschlossen wurden. Das PB beauftragte Innenminister Willy Stoph, die Arbeit der GST zu genehmigen, trotzdem dauerte es noch über die 2. Parteikonferenz im Juli 1952 hinaus, um eine Satzung zu erarbeiten. Diese wurde am 5. August 1952 durch das PB des ZK der SED abgesegnet und trat am 7. August 1952 in Kraft. Die Anleitung wurde dem Mdl übertragen.¹⁰ Die GST sollte anfänglich Segel- und Motorflugsport, Flugmodell- und Fallschirmsport, Motor- und Wasserfahrtsport, Schieß- und Geländesport, sowie den Amateurfunk „zum wahrhaften Massensport“ entwickeln.¹¹



DOOSAF - Plakat



DOOSAF - Abzeichen

Als Vorbild diente die ein Jahr zuvor in der Sowjetunion gegründete *Dobrowolnoe obscestwo sostestwia armii, aviacii i flotu SSR*, (DOSAAF), die „Freiwilligenorganisation zur Unterstützung von Armee, Luftwaffe und Flotte der UdSSR“ und die in den übrigen unter sowjetischen Einfluss stehenden Volksdemokratien gegründeten Vereinigungen. Die durch den Namen der sowjetischen Vorbildorganisation hervorgehende Zielsetzung wurde in der DDR bei Gründung der GST noch verbrämt festgeschrieben und sollte erst Jahre später offen propagiert werden:

„Die Gesellschaft für Sport und Technik hat die Aufgabe, die Regierung beim Aufbau des Sozialismus und bei der Stärkung der volksdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht zu unterstützen“. (§2, Abs. 1)

Offiziell wurde die GST mit dem großen Wunsch aus den Reihen der Jugend nach vielfältiger Betätigung in solchen „Sportarten“ begründet, „die es den FDJ-Mitgliedern ermöglichen, Verteidigungsmittel zu handhaben.“ Diese wesentlich breitere Entwicklung überstieg schnell die Möglichkeit der FDJ, so dass nach neuen Wegen gesucht werden musste, wie die Chronik der GST von 1987 die Gründung schilderte.¹²

Von „oben“ gesteuert, wollte man durch die Massenorganisation eine zivile Militarisierung aus der Gesellschaft heraus, d.h. von „unten“, erreichen.¹³ Neben den vormilitärischen Grundlagen stand in Ergänzung der Wehrsport der GST zur weiteren Ausbildung der Jugendlichen zur Verfügung. Offiziell wurde dies als „Doppelcharakter“ der GST verstanden. Trotzdem darf dies nicht über den gemeinsamen Zusammenhang beider Teile der Organisation hinwegtäuschen,

¹⁰ Möller in Frust und Freude, S. 28 -30.

¹¹ Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 108 vom 14. August 1952. Der Katalog der in der GST verankerten Sportarten änderte sich im Laufe der Zeit leicht, die Kernelemente wie Schießsport etc. und der Amateurfunk blieben allerdings immer in der Organisation.

¹² Chronik zur Geschichte der GST. Berlin 1987, S. 38.

¹³ Streng genommen kann es aber in kommunistischen Systemen kann es durch die Machtmonopolstellung keine zivile Militarisierung geben, so die Meinung von Harald Bluhm. Siehe Bluhm, Facetten des militarisierten Sozialismus. <http://www.berlinerdebatte.de/initial/heft6-97/facetten.htm>.

nämlich schließlich ein Teil der sozialistischen Wehrziehung gewesen zu sein. Angeleitet von der Partei und ihren Beschlüssen verspürte die GST-Führung

„die Fürsorge und die helfende Hand der Genossen unserer Parteiführung... Es ist darüber Verdienst tausender Kommunisten in den Reihen unserer Organisation, dass sich in der GST und durch sie sozialistische Persönlichkeiten entwickeln, für die Verteidigung des Sozialismus und die Sicherung des Friedens ihr urreigenstes Interesse ist.“¹⁴

Die Verantwortungsstrukturen innerhalb der GST, offiziell nach Regeln des *demokratischen Zentralismus* organisiert, entsprachen analog dem Staats- und Parteaufbau der DDR eher einem autoritären Zentralismus.¹⁵ Einfache Mitglieder hatten bei Hauptentscheidungen auch in der GST keinerlei Mitspracherecht, selbst wenn natürlich Entscheidungen auch die sportlichen Interessen der Mitglieder berücksichtigen mussten. Das Machtzentrum der GST lag beim Vorsitzenden des Zentralvorstandes der GST und dem Sekretariat des Zentralvorstandes, in dem sich die Stellvertretenen Vorsitzenden der GST befanden. Der Vorsitzende der GST und zum Teil auch seine Stellvertreter wurden durch das ZK der SED bzw. durch die NVA bestimmt. Selbst das Sekretariat als Teil des allgemeinen Zentralvorstandes, in dem sich auf dem Papier durch den Kongress der GST entsendete Vertreter aller Sportarten befanden, hatte zeitweise keinen Einfluss.¹⁶ Die Stellvertreter des Vorsitzenden hatten einzelnen Abteilungen unter sich, je nach Umfang konnten die Aufgabengebiete nur ein, aber teilweise auch mehrere Gebiete umfassen. Hier gab es im Laufe der GST-Geschichte zahlreiche Änderungen. In den jeweiligen Abteilungen wiederum gab es Abteilungsleiter und Verantwortliche für einzelne Spezialgebiete. Amateurfunk war der Abteilung Nachrichtensport am Zentralvorstand (ZV) zugeordnet, welche Fernsprech-, Fernschreib- und Funktechnik umfasste.¹⁷ Die Abteilung, deren Namen sich im Laufe der Zeit mehrmals änderte, war die entscheidende organisatorische Schnittstelle zwischen Funkamateuren und GST. Auf mittlerer Ebene wurden Bezirksvorstände (BV) installiert, in denen jeweilige Vertreter für die einzelnen Aufgabengebiete saßen. Größere Städte wurden zusätzlich noch in Stadtvorstände unterteilt. Die Basis der GST wurde durch die Grundorganisationen gebildet.

Die Struktur zeigt schon, dass Funkamateure erst einmal nicht autonom als eigenständige Einheit, d. h. innerhalb der GST eingefügt wurden. Im Folgenden wird der Blick nun speziell auf diesen Bereich der Massenorganisation geworfen, um anhand der Funkamateure Dynamiken und Grenzen dieser Konstruktion zu untersuchen.



DDR-Briefmarke anlässlich 30 Jahre GST von 1982

¹⁴ Chronik zur Geschichte der GST, S. 10.

¹⁵ Staat und Partei sind im demokratischen Zentralismus streng hierarchisch angeordnet. Die GST übernahm als Verwaltungsstruktur die des Staates und der Partei. Von oben ausgesucht, wurden Führungspersonen von unten gewählt, was in der GST trotz Wahlen einer Akklamation gleichkam. Beschlüsse der höheren sind für die unteren Organe im demokratischen Zentralismus bindend, Minderheiten müssen sich in der Partei der strengen Parteidisziplin unterordnen. Vgl. Klaus Schubert u. Martina Klein: Das Politiklexikon. 3., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2003. http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=HYCHLT

¹⁶ In der Zeit von 1968 bis 1982 wurden wichtige Entscheidungen in der GST unter dem damaligen Vorsitzenden Teller durch „Leitungssitzungen“ in einem eigentlich nicht vorgesehenen Gremium getroffen, in welchem sich alle aktiven Offiziere befanden. Vgl. Anhang in Frust und Freude, S. 189.

¹⁷ SAPMO-BArch DY 59/72. Bericht über die Ergebnisse der II. Ausbildungsetappe. 31.12.1953.